

Rundmail vom 3. Dezember 2020

Liebe Freunde und Bekannte

Ein paar Reaktionen zeigen mir, dass mein Vorgehen, die Wachhunde mittels Vertrag zu bändigen, bei ihnen Angst verbreitet. Tatsächlich ist dieses Vorgehen so ziemlich die gefährlichste Möglichkeit, weil man sie auf diesem Wege nachher nicht nur straf- und zivilrechtlich, sondern auch noch handelsrechtlich belangen kann. Es hat den Vorteil, dass man nicht nur gegen einen Einzelnen vorgehen kann, sondern ein ganzes Amt quasi in Sippenhaft nehmen kann.

Wenn sie in ihrer Überheblichkeit vorsätzlich in einen oder mehrere Verträge eintreten, jedoch nicht in der Lage sind, diese Verträge zu finanzieren, kann man sie deswegen zusätzlich zu ihren Straftaten auch noch wegen Betrugs belangen. Das beinhaltet die völlige finanzielle Liquidation.

Die klügeren Polizeikommandanten haben sich daher entschlossen, mir gar keine Bussen mehr zu schicken. Der Luzerner Polizeikommandant hat eine Strategieänderung vorgenommen, indem er mir anfangs keine Bussen mehr zustellte, doch dann auf einmal wieder.

Daraus und aus anderen Hinweisen kann geschlossen werden, dass dieses Vorgehen sofort Wirkung zeigt. Wenn das nur einer tut, kann das das System verkraften, nicht jedoch, wenn es viele tun, dann wird es zum Problem.

Deshalb kommt meine Aufforderung, es mir gleich zu tun.

Nehmt die Behörden in Gemeinde, Kanton, Bund und Verwaltung in die Verantwortung und unterbreitet ihnen Verträge, auf die sie mit ihrem Handeln eintreten. Das können Bussen jeglicher Art sein, behördliche Schreiben/Aufforderungen/Verfügungen dies und jenes zu tun oder auch nur wegen den Steuern, dass Ihr die Steuererklärung nicht mehr einreichen werdet, Sie nicht mehr angeschrieben werden dürfen und Sie ab sofort keine Steuern mehr bezahlen. Ein weiteres Beispiel ist das Nichtbezahlen der Abgaben für das Strassenverkehrsamt. Selbstverständlich immer mit einer Pönale, wenn die Bedingung nicht eingehalten wird und zusätzlich eine Zeitgebühr, bis der Ursprungszustand hergestellt ist. Wichtig ist auch, dass allfällige Gegenmassnahmen vorsorglich eingeplant werden, um ihnen so den Handlungsspielraum auf null zu reduzieren.

Der Grund ist immer der Gleiche: Als angegliederte Organisationseinheit der Firma Kanton xy oder gar als eigene Firma fehlt diesen „Behörden und Ämtern“ inkl. deren Mitarbeitern die handelsrechtliche und hoheitliche Legitimation. Aus diesem Grund werden sie diese nicht vorweisen. Ein Beispiel wurde von jemandem (mir nicht bekannt) mit der Stadt Wetzikon durchexerziert. Es ist anschaulich. <https://firmawetzikon.wordpress.com/mensch-oder-person-was-sind-sie/>

Aber jetzt müssen wir mit der Zeit sparsam umgehen und das Vorgehen so kurz wie möglich halten, indem alles in einem Schreiben zusammengefasst wird. Also den Nachweis der Legitimation, mit der Frist, nach der die Pönalen fällig werden und die Gebühren zu laufen beginnen. Auf diese Weise werden Ressourcen geschont, womit das Ergebnis schneller vorliegen wird. Wenn das genügend Leute machen, werden wir das System auf diese Weise innert zwei Wochen stoppen.

Deshalb bitte ich Euch, umgehend in die Tasten zu langen und das System wegzuschreiben. Sie werden klein beigegeben, wenn sie genügend Post erhalten und die Forderungen ihre Ressourcen übersteigen.

Danke für Ihre Mithilfe